LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN
16. Wahlperiode

Drucksache **16/11898**

03.05.2016

Neudruck

Antrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP

Nordrhein-Westfalen spricht sich für den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der EU aus

I. Ausgangslage

Mit dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland verbindet Nordrhein-Westfalen eine lange historische Beziehung. Die Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen vor nunmehr genau 70 Jahren im Jahr 1946 geht auf eine Entscheidung der damaligen britischen Besatzungsmacht zurück: die alte preußische Provinz Westfalen wurde auf Betreiben der Briten mit dem nördlichen Rheinland zu einer größeren staatlichen Einheit zusammengelegt und 1947 um das Land Lippe erweitert. Seither sind Nordrhein-Westfalen und Großbritannien eng und freundschaftlich verbunden.

Die Beziehungen unseres Landes zu Großbritannien sind zugleich auch durch eine sehr enge wirtschaftliche Verflechtung (z.B. die Präsenz zahlreicher britischer Unternehmen im Land) und einen regen Handel und vielfältige zivilgesellschaftliche Verbindungen geprägt. Der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Großbritannien, vor allem mit dem Südosten Englands und dem Großraum London, kommt daher für Nordrhein-Westfalen eine große Bedeutung zu. Zwischen Nordrhein-Westfalen und Großbritannien bestehen daneben ein reger kultureller Austausch und ein enges Netz an zwischenmenschlichen Kontakten und Beziehungen. Hierbei spielen vor allem die rund 400 Schulpartnerschaften und die rund 140 Städtepartnerschaften eine zentrale Rolle.

II. Der Landtag stellt fest:

Das Vereinigte Königreich hat 1963 seinen ersten Antrag auf Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft gestellt. Die Aufnahme Großbritanniens in die EG zum 1. Januar 1973, zehn

Datum des Originals: 03.05.2016/Ausgegeben: 10.05.2016 (03.05.2016)

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Jahre nach dem ersten Beitrittsgesuch, war ein Meilenstein in der europäischen Integrationsgeschichte.

Seitdem ist Großbritannien ein bedeutender und nicht wegzudenkender Pfeiler der Europäischen Union. Großbritannien hat immer eine eigene Rolle in der Gemeinschaft beansprucht. Die britischen Vertragsbedingungen wurden 1974 erstmals neu verhandelt. Am 5. Juni 1975 folgte erstmals in der Geschichte des Landes ein Referendum, wobei die Bürger über den Verbleib in der Europäischen Gemeinschaft abstimmten. Für den Verbleib stimmten seinerzeit 67,2 Prozent.

Auf dem EU-Gipfel am 19. Februar 2016 verhandelten die Europäische Union und das Vereinigte Königreich die Vertragsbedingungen der britischen Mitgliedschaft. Die erzielten Verhandlungsergebnisse machen deutlich, dass die Europäische Union bereit ist, die Reformforderungen Großbritanniens in wichtigen Punkten zu erfüllen. Bei der **Einigung über das Reformpaket** wurden Verständigungen in den Bereichen Sozialleistungen, Wettbewerb, Eurozone und Vertiefung der Union erzielt und neue Reformen angestoßen – Veränderungen, die für alle Mitgliedstaaten gleichermaßen gelten. Dies gilt auch für die stärkeren Mitwirkungsrechte der nationalen Parlamente. Explizit an Großbritannien gerichtet ist die Zusicherung, dass es aufgrund seiner Sonderstellung nicht zu einer weiteren politischen Integration verpflichtet ist. Mit diesen Zusicherungen wirbt Premierminister David Cameron nun für einen Verbleib seines Landes in der Europäischen Union. Am 23. Juni 2016 entscheiden die Menschen im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland in einem Referendum über den Verbleib des Landes in der EU. Dieser Tag wird daher ein entscheidendes Datum für die Einheit der Europäischen Union und die zukünftigen britisch-nordrhein-westfälischen Beziehungen.

Großbritannien ist grundlegender Bestandteil der Europäischen Union. Die besondere britische Perspektive tut Europa gut. Der sogenannte „Brexit“ wäre ein schwerer politischer und wirtschaftlicher Verlust für die EU in ohnehin schwierigen Zeiten.

Wirtschaftsexperten warnen zudem, dass ein britischer Ausstieg aus der Europäischen Union die britische wie auch die europäischen Volkswirtschaften hart treffen würde. Durch den Ausstieg könnte Großbritannien nicht nur seinen freien Zugang zum Europäischen Binnenmarkt verlieren. Beträchtliche Nachteile könnten auch für britische und europäische Exportunternehmen und Importeure entstehen. Die EU-Länder stehen derzeit für rund die Hälfte des britischen Außenhandels. Dabei ist Deutschland einer der wichtigsten Handelspartner des Vereinigten Königreichs.

Der Landtag Nordrhein-Westfalen stellt fest, dass der Verbleib in der Europäischen Union wichtig ist. Auch wenn es sich bei dem Volksentscheid über die Mitgliedschaft in der EU um eine innerstaatliche Entscheidung der britischen Bevölkerung handelt, die unabhängig vom Ausgang respektiert wird, äußert der Landtag aus nordrhein-westfälischer Perspektive den Wunsch, dass Großbritannien Teil der Europäischen Union bleiben möge.

III. Der Landtag beschließt:

- Der Landtag erinnert nicht zuletzt anlässlich des 70jährigen Landesjubiläums dankbar daran, dass durch die Entscheidung der damaligen britischen Besatzungsmacht vor 70 Jahren die Gründung unseres Bundeslandes ermöglicht wurde.

- Das Land begrüßt die florierenden wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien und sieht die Notwendigkeit, dass die europäische Erfolgsgeschichte weiter fortgeschrieben wird.

- Der Landtag spricht sich für einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union aus und verbindet damit die Hoffnung, dass die unzähligen Kontakte, Berührungs- und Begegnungspunkte der deutsch-britischen Freundschaft weiter unkompliziert fortgeschrieben und weiterentwickelt werden können.

Norbert Römer
Marc Herter
Michael Hübner
Markus Töns

und Fraktion

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Christina Schulze-Föcking
Josef Hovenjürgen
Ilka Freifrau von Boeselager
Hendrick Wüst
Matthias Kerkoff
Werner Jostmeier

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Stefan Engstfeld

und Fraktion

Christian Lindner
Christof Rasche
Dr. Ingo Wolf
Holger Ellerbrock

und Fraktion